

Streit um NATO-Camps bahnt sich an

Karlsruhe - Vor dem NATO-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg Anfang April bahnt sich ein heftiger Streit um die Größe der Camps für die Demonstranten an. Während die Protestgruppen lediglich zwei große Lager für die NATO-Gegner planen, will Innenminister Heribert Rech (CDU) nur kleine Camps mit maximal 1500 Plätzen genehmigen.

„Wir werden nur geordnete Camps in überschaubarer Größe zulassen“, sagte Rech den „Badischen Neuesten Nachrichten (Donnerstag/Karlsruhe). Die Polizei dürfe nicht den Überblick verlieren. Sollte es bei den fundamental entgegengesetzten Positionen bleiben, bliebe dem Regierungspräsidium Karlsruhe gar nichts anderes übrig, als die Camps überhaupt nicht zu genehmigen, warnte Rech.

Das Protest-Aktionsbündnis will in Straßburg und im benachbarten Kehl (Ortenaukreis) zwei große Camps für bis zu 18 500 Menschen errichten. Kleine Lager lehnen sie ab.

Bei gewalttätigen Ausschreitungen können bis zu 500 Festgenommene nach Angaben Rechts in den Vollzugsanstalten Rastatt und Kehl sowie bei den Polizeidienststellen in Karlsruhe, Emmendingen und Freiburg untergebracht werden. Außerdem werde geprüft, ob es „mobile Haftzellen“ in Containern in Baden-Baden geben könnte, sagte Rech. lsw